

## Washington News

Nr. 16 vom 25. April 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Bericht zu wirtschaftlichen Auswirkungen von USMCA veröffentlicht**
- **Ausweitung der Sanktionen gegen iranische Ölimporte**
- **Präsident Trump bekräftigt Ausbau des 5G-Netzes durch Privatwirtschaft**
- **US-Markt für Haushaltsgeräte wächst nur mäßig**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Erhöhte Steuereinnahmen in den US-Bundesstaaten**
- **Klage gegen Rückerstattungsverbot für Importeure**
- **Innenministerium missachtet Umweltvorschriften bei Kohleabbau**

### Diese Woche in Washington

US-Vizepräsident Mike Pence hat in einem [Meinungsbeitrag](#) die Vorteile des USMCA hervorgehoben und den Kongress dazu aufgerufen, das Abkommen zu verabschieden. Insbesondere die Autoindustrie werde profitieren, wenn die Ursprungsregeln im Fahrzeugbau zu greifen beginnen. Die Anforderung, dass 75 Prozent aller Teile eines Fahrzeugs aus Nordamerika stammen müssen und dass das Fahrzeug zu 40 Prozent von Arbeitern mit einem Stundenlohn von mindestens 16 US\$ produziert werden muss, werde zu neuen Investitionen von 34 Milliarden US\$ durch die Autohersteller führen.

Der Vizepräsident stützt seinen Beitrag auf einen neuen [Bericht](#) des US-Handelsbeauftragten (USTR), der die wirtschaftlichen Auswirkungen des Abkommens auf den Automobilsektors bewertet. Unter anderem heißt es, dass US-Automobilzulieferer über einen Zeitraum von fünf Jahren Autoteile im Wert von 23 Milliarden US\$ zusätzlich verkaufen werden.

Der USTR hat auch seinen jährlichen [Special 301 Report](#) veröffentlicht, in dem Handelspartner identifiziert werden, die den Schutz geistigen Eigentums (IP) verletzen und den Marktzugang für US-amerikanische Innovatoren verweigern. Insgesamt werden 36 Länder auf zwei Beobachtungslisten gesetzt, darunter China, Russland, Saudi-Arabien und Venezuela. Ferner aktualisierte der USTR die [Notorious Markets List](#), die 33 Online-Märkte und 25 physische Märkte umfasst, in denen Urheberrechts- und Markenpiraterie betrieben werden. Der USTR schätzt, dass eine halbe Billion US\$ der globalen Importe gefälschte oder raubkopierte Produkte sind.

Beide Kammern des Kongresses haben diese Woche noch sitzungsfrei und werden erst am kommenden Montag ihre

### Kurzmeldungen

#### SPOTLIGHT STEUERN: Erhöhte Steuereinnahmen in den US- Bundesstaaten

Laut einer Analyse des [Pew Charitable Trusts](#) stiegen die [Steuereinnahmen](#) im dritten Quartal 2018 in 45 US-Bundesstaaten. Insgesamt hat ein Rekordhoch in 41 Bundesstaaten so viele Steuereinnahmen wie letztmals vor der Rezession erzielt.

Die Analyse führt die Mehreinnahmen der Staaten auf die Steuerreform, günstige wirtschaftliche Bedingungen, einen robusten Aktienmarkt und politische Maßnahmen zurück. Der Bericht warnt jedoch davor, dass das Wachstum voraussichtlich langsamer wird. Die

---

## Bericht zu wirtschaftlichen Auswirkungen von USMCA veröffentlicht

Die *US International Trade Commission* (ITC) hat ihren [Bericht](#) zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des USMCA veröffentlicht. Der Bericht ist Voraussetzung für den US-Kongress, um über das Handelsabkommen abstimmen zu können. Die ITC kommt zu dem Schluss, dass USMCA einen nur mäßigen wirtschaftlichen Gewinn für die USA darstellen wird. Das Abkommen werde ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 0,35% (68 Milliarden US\$) generieren und voraussichtlich 176.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Positiv zu bewerten seien die wirtschaftlichen Vorteile für US-Firmen durch neue Vorschriften im *Intellectual Property*-Bereich sowie bei digitalen Datenflüssen. Die neuen Ursprungsregeln würden insbesondere Investitionen in die US-Autoindustrie nach sich ziehen, gleichzeitig aber auch zu höheren Preisen für Autokäufer führen. Die ITC schätzt, dass im Automobilsektor 28.000 neue Arbeitsplätze entstehen werden.

Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer äußerte sich in einem [Statement](#) positiv zu dem Bericht der ITC. Die Ergebnisse bestätigten die zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile. Die Entscheidung der Administration, NAFTA neu zu verhandeln, habe sich als richtig erwiesen. Auch der Vorsitzende des *Senate Finance Committee* Chuck Grassley (R-IA) [lobte](#) die Ergebnisse des Berichts. USMCA sei eine deutliche Verbesserung gegenüber NAFTA. Der Vorsitzende des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus Richard Neal (D-MA) und der Vorsitzende des Unterausschusses für Handel Earl Blumenauer (D-OR) [kritisierten](#) hingegen den Bericht. Unter anderem hätten die Bedenken zur Durchsetzung von Arbeits- und Umweltvorschriften nicht entschärft werden können. (kw)

---

## Ausweitung der Sanktionen gegen iranische Ölimporte

Am Montag hat [die Trump-Administration](#) angekündigt, dass die Ausnahmegenehmigungen für den Import iranischen Öls nach dem 1. Mai nicht mehr verlängert werden. Nach der Wiedereinführung der Sanktionen gegen Ölimporte aus dem Iran im November 2018 hatten acht Länder temporäre Ausnahmegenehmigungen für 180 Tage erhalten, um Strafmaßnahmen zu entgehen. Griechenland, Italien und Taiwan haben inzwischen den Import iranischen Öls eingestellt, nicht jedoch die fünf verbleibenden Länder China, Indien, Japan, die Türkei und Südkorea.

Als Reaktion zur Entscheidung der Trump-Administration sind die Ölpreise gestiegen. Das Weiße Haus zeigt sich aber zuversichtlich, dass die globalen Ölmärkte zukünftig angemessen versorgt werden. Das US-Außenministerium gab bekannt, dass sich einige ölproduzierende Länder, darunter Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, zu einer Erhöhung der Ölproduktion verpflichtet hätten, um den Rückgang der iranischen Ölexporte auszugleichen. Die USA

sich abschwächenden Auswirkungen der Steuerreform, die Volatilität an den Aktienmärkten, eine Verlangsamung der Weltwirtschaft und die Unsicherheit bei der US-Handelspolitik könnten die Steuereinnahmen in den kommenden Quartalen dämpfen. (ch)

---

## Klage gegen Rückerstattungsverbot für Importeure

Die *National Association of Manufacturers* (NAM) hat gegen die Administration Klage eingereicht, da diese die Ersatzrückerstattungsregelung für Importeure seit Februar verboten hat. Das so genannte *substitution drawback*-Programm ermöglichte es Importeuren, gezahlte Zölle ersetzt zu bekommen, wenn sie vergleichbare Produkte exportierten. NAM argumentiert, dass die Sperre den *Administrative Procedures Act* verletze und den *Trade Facilitation and Trade Enforcement Act* ignoriere. (cs)

---

## Innenministerium missachtet Umweltvorschriften bei Kohleabbau

Ein Bundesgericht in Montana hat am Freitag geurteilt, dass das US-Innenministerium bei der Kohleförderung auf bundeseigenem Land Umweltvorschriften missachtet hat, nachdem die jetzige

haben zudem ihre eigene Ölproduktion in den letzten Monaten erhöht. Laut des [US-Außenministeriums](#) verwendet die iranische Regierung die Öleinnahmen zur Förderung von Terrorismus, der Raketentwicklung und anderer destabilisierender Aktivitäten. (ch)

---

## Präsident Trump bekräftigt Ausbau des 5G-Netzes durch Privatwirtschaft

US-Präsident Donald Trump hat sich am vergangenen Freitag für einen Ausbau des 5G-Netzes durch den Privatsektor ausgesprochen. Ein staatliches Netz lehnt er ab. Nur mit einem privatwirtschaftlich geführten Ausbau könne man wettbewerbsfähig bleiben, insbesondere im Hinblick auf China, so Trump. Auch das republikanische Mitglied der *Federal Communication Commission* Mike O’Rielly betonte, dass der Vorsprung der USA bei 5G nur durch den Privatsektor erhalten bleiben könne. Der [Director of Trade and Manufacturing Policy](#) im Weißen Haus Peter Navarro und der stellvertretende Wirtschaftsminister Earl Comstock haben allerdings die Qualität einer Studie zum 5G-Ausbau durch die Privatwirtschaft kritisiert, die von Telekommunikationsgesellschaften selbst in Auftrag gegeben wurde.

Trotz der Bekräftigung des Präsidenten wirbt sein Wahlkampfteam für 2020 weiter für ein 5G-Netzwerk, bei dem die Regierung über einen Großhändler den Mobilfunkgesellschaften Zugriff auf 5G-Frequenzen gewähren würde. Der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich betonte, nur mit diesem Ansatz könne man das ländliche Amerika erreichen. Der Präsident werde daher seine Position bald entsprechend ändern. (cs)

---



Regierung das Kohle-Moratorium der Obama-Administration aufgehoben hatte. Das Urteil blockiert allerdings nicht den weiteren Kohleabbau auf bundeseigenem Land. (kw)

---



## US-Markt für Haushaltsgeräte wächst nur mäßig

### Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Sonderzölle auf Waschmaschinen sowie Stahl und Aluminium bremsen die Absatzdynamik. Die Konsolidierung der Haushaltsgerätebranche hält an, ebenso der Trend zur Vernetzung. Die Hersteller von Haushaltsgeräten in den USA stehen unter enormem Importwettbewerb: Die Einfuhr von Branchenartikeln, hauptsächlich aus China und Mexiko, macht in den Vereinigten Staaten rund 70 Prozent des Marktes aus. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

---



Audi

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

### Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News  
erscheinen wöchentlich  
und berichten über aktuelle  
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by  
copyright law of the United States

### DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit  
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

